

Ursula Männle (Hrsg.)

Bedrohte Demokratie

Aktionisten, Autokraten, Aggressoren –
Welche Antworten haben die Demokraten?



Duncker & Humblot · Berlin

Bedrohte Demokratie

Bedrohte Demokratie

Aktionisten, Autokraten, Aggressoren –
Welche Antworten haben die Demokraten?

Herausgegeben von
Ursula Männle

unter Mitarbeit von
Svea Burmester



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2016 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Satz: Konrad Triltsch GmbH, Ochsenfurt

Druck: Das Druckteam, Berlin

Printed in Germany

ISBN 978-3-428-15013-7 (Print)

ISBN 978-3-428-55013-5 (E-Book)

ISBN 978-3-428-85013-6 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Demokratie ist für uns so selbstverständlich wie die Luft zum Atmen. Doch ihre dauerhafte Existenz ist keineswegs in Stein gemeißelt. Im Gegenteil. Ebenso wie unsere Luft scheint auch die Demokratie gegenwärtig einer langsamen Verschmutzung ausgesetzt. Schlagworte wie „Dunkeldeutschland“, „Lügenpresse“ oder „Wutbürger“ werden vermehrt gebraucht, um die Lage der Nation zu beschreiben. Deutsche Bürgerinnen und Bürger misstrauen zunehmend ihren gewählten Repräsentanten, politischen Institutionen und den Medien.

Politikverdrossenheit führt dabei jedoch weniger zu politischer Apathie, sondern artikuliert sich immer öfter durch öffentlichkeitswirksame Zurschaustellung. In sozialen Netzwerken entwickeln sich Stammtischparolen zu Hetzkampagnen, auf der Straße marschiert Pegida. Zwar nimmt auch das Bewusstsein für und die Anerkennung von zivilgesellschaftlichem Engagement zu. Doch das Herzstück repräsentativer Demokratie – wählen und gewählt werden – gerät zusehends aus dem Blick. Die Wahlbeteiligung ist in den letzten Jahrzehnten tendenziell gesunken (ob das Auftreten neuer populistischer Gruppierungen daran dauerhaft etwas ändern wird, ist fraglich). Die etablierten Parteien kämpfen mit Nachwuchsproblemen.

Gleichzeitig zählt die Förderung von Demokratie weiterhin zu den grundlegenden Parametern deutscher Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Die Etablierung demokratischer Gesellschaftsformen in anderen Teilen der Welt einerseits sowie die eines gleichberechtigten Miteinanders der Nationen andererseits bleiben faktisch jedoch ein weit entferntes Ziel. In vielen Ländern fehlt es an staatlichen Strukturen bzw. an deren Legitimität. Bürgerkriege und Menschenrechtsverletzungen sind oft noch gängiger Ausdruck fragiler oder undemokratischer Staatlichkeit. Dies erschwert auch friedliche und konstruktive Umgangsformen auf der zwischenstaatlichen Ebene. Hier reichen die Phänomene von mangelnder Kooperationsbereitschaft oder -fähigkeit bis hin zu bewusster Missachtung des nationalen Souveränitätsgebotes.

Während sich die westlichen Demokratien oft durch eher langfristige Entscheidungs- und Problemlösungsprozesse sowie Kompromisslösungen auszeichnen, scheinen autokratisch geprägte Staaten vielfach entscheidungsfreudiger und reaktionsschneller. Welches Modell ist für sich entwickelnde Staaten überzeugender? Welche Verantwortung kommt den unterschiedlichen Akteuren in ihren verschiedenen Rollen zu – den Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie den Institutionen? Worin liegen die Ursachen für die Diskrepanz von demokratischem Anspruch und Wirklichkeit, und was können wir tun, um unsere Demokratie und ihre Werte zu bewahren und zu stärken?

Innen- sowie außenpolitisch scheint unsere Demokratie, ihre Legitimität und Effektivität, bedroht. Deshalb widmete sich die Hanns-Seidel-Stiftung in einer zweiteiligen Expertenrunde den verschiedenen Herausforderungen, denen wir uns als demokratische Gesellschaft heute stellen müssen. Bundestagsabgeordnete diskutierten gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Journalismus und Wissenschaft. So konnte gewährleistet werden, dass aus parlamentarischer Sicht relevante Zusammenhänge vertieft, der Spielraum der Legislative bedacht und so lösungsorientierte Debatten geführt wurden.

Ich freue mich, die Ergebnisse nun durch diese Publikation der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und hoffe, auf diesem Wege den Diskurs über unsere Demokratie, unsere Ansprüche und Verantwortungen weiter anzuregen.

In ihrem einführenden Kommentar charakterisiert die Abgeordnete Gitta Conneemann, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, die aktuelle Lage als eine Kombination aus Parallelität und Komplexität verschiedener innen- und außenpolitischer Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund wandle sich die politische Kultur Deutschlands. Was bedeutet dies für den Alltag der Politikerinnen und Politiker? Im darauf folgenden Beitrag widmet sich die Journalistin Hannah Beitzer dem Phänomen „Politikverdrossenheit“. Als besonderes Moment dieses nicht neuen Problems macht sie unter anderem eine zunehmende Individualisierung gerade der jüngeren Generationen aus und beschreibt darüber hinaus die gesellschaftlichen Trends, die einem Einstellungswandel der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Politik zugrunde liegen könnten. Gerhard Hirscher, Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung der Hanns-Seidel-Stiftung, bewertet in seinem Beitrag die Gefahr von populistischen Protestbewegungen und Parteien wie Pegida und der AfD für unsere Demokratie. Im Anschluss diskutiert Jasper von Altenbockum, verantwortlicher Redakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, woraus sich eine vermeintliche Vertrauenskrise der Bürgerinnen und Bürger gegenüber ihren politischen Institutionen nährt. Wer ist in unserer repräsentativen Demokratie verantwortlich für die Herstellung und Pflege von Vertrauen? Abschließend für die innenpolitischen Betrachtungen dieses Bandes richtet Hans Reichhart, Mitglied des Bayerischen Landtags, den Blick auf die Zukunft der deutschen Parteiendemokratie im wohl unmittelbarsten Sinne des Wortes. Als Vorsitzender der Jungen Union Bayern berichtet er aus der Perspektive der Nachwuchsorganisation über die Herausforderungen politischer Mobilisierung. Auch wenn diese bestehen, kann er eine zunehmende Politisierung der Jugend ausmachen und einen optimistischen Ausblick in die Zukunft wagen.

Im zweiten Teil der vorliegenden Publikation beschäftigen sich Akteure und Experten der Außenpolitik mit der internationalen Dimension unseres Demokratieverständnisses und dessen Umsetzung. Der außen- und verteidigungspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Florian Hahn, führt in diesen Teil ein, indem er die zunehmende Bedeutung außenpolitischer Fragestellungen für seine parlamentarische Arbeit beschreibt. Vor dem Hintergrund internationaler Kri-

sen, die in ihren Auswirkungen deutlicher denn je in die Innenpolitik reichen, fragt er, was dies für unser demokratisches Selbstbewusstsein bedeutet. Hanns W. Maull von der Stiftung Wissenschaft und Politik übernimmt im Folgenden die Aufgabe, einen Überblick über die internationale Unordnung zu verschaffen. Anschaulich beschreibt er das Paradox aus globalem Zusammenrücken bei gleichzeitiger Fragmentierung der Interessen. Ob die klassischen internationalen Organisationen für den daraus resultierenden Integrations- und Regulierungsbedarf den nötigen Handlungsrahmen bieten, bewerten Johannes Varwick und Jana Windwehr von der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg: Wo und wie kann Entscheidungsfindung international zukünftig stattfinden? Von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union, von Global bis zu Club Governance, skizzieren und bewerten die beiden Autoren in ihrem gemeinsamen Beitrag verschiedene Szenarien. Josef Braml, Redaktionsleiter des Jahrbuchs Internationale Politik, schließt dieser institutionellen Perspektive eine Analyse des Dualismus der vermeintlich verbleibenden nationalstaatlichen Supermächte USA und China an. Abschließend widmen sich Stephan Roll von der Stiftung Wissenschaft und Politik und Lena Drummer mit Ägypten einem konkreten Beispiel für den Versuch von „Demokratie-Export“. Sie erörtern das vorläufige Scheitern des demokratischen Transformationsprozesses im Nachgang des „Arabischen Frühlings“ und stellen dar, warum sich gerade unter den aktuellen Bedingungen ein erneuter Versuch demokratischer Bemühungen anbietet.

Die Beiträge in diesem Band zeigen: Das Bestehen und Funktionieren unserer Demokratie ist kein Selbstläufer. Deshalb sollte unser Einsatz in ihr und für sie für uns so selbstverständlich sein wie die Luft zum Atmen.

Prof. Ursula Männle

Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und Staatsministerin a.D.

Inhaltsverzeichnis

I. Innenpolitik

<i>Gitta Connemann</i>	
Bedrohte Demokratie – Innenpolitische Herausforderungen	13
<i>Hannah Beitzer</i>	
Politikverdrossen, passiv, wütend	17
<i>Gerhard Hirscher</i>	
Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) und Pegida als Protestphänomene – eine Gefahr für unsere Demokratie?	21
<i>Jasper von Altenbockum</i>	
Schreiben Sie das auf! Vom Vertrauensverlust in die politischen Institutionen . . .	33
<i>Hans Reichhart</i>	
Nachwuchsprobleme von Parteien	37

II. Außenpolitik

<i>Florian Hahn</i>	
Außenpolitische Herausforderungen	45
<i>Hanns W. Maull</i>	
Internationale Unordnung	49
<i>Johannes Varwick und Jana Windwehr</i>	
Global Governance als Chimäre. Die internationale Ordnung vor der Erosion?	57
<i>Josef Braml</i>	
Im Westen nichts Neues. Historische Auseinandersetzung um Eurasien	69
<i>Stephan Roll und Lena Drummer</i>	
Das Scheitern der Arabellion und die Folgen für externe Demokratieförderung. Das Beispiel Ägypten	83

I. Innenpolitik

Bedrohte Demokratie – Innenpolitische Herausforderungen

Von Gitta Connemann

Politische Stabilität gründet auf Vertrauen. Dies gilt erst recht in Zeiten der Krise. Doch wie steht es um das Vertrauen in unsere Demokratie, wie um das Vertrauen in politische Parteien, in die Medien oder die Wirtschaft? Ist unsere Demokratie bedroht? Vor welchen innenpolitischen Herausforderungen stehen wir? Fragen, mit denen wir uns aus Verantwortung für Deutschland stärker auseinandersetzen müssen: ob Abgeordneter, Journalist, ob Lobbyist oder Bürger. Das Thema geht uns alle an.

*

Das Jahr 2016 begann unruhig. Die Silvesternacht war geprägt von der Sorge um Terroranschläge in München sowie von den sexuellen Übergriffen auf Frauen in Köln und anderen deutschen Großstädten. Diese Ereignisse lassen hierzulande die Sorge um die innere Sicherheit, um die Zukunft unserer offenen Gesellschaft wachsen.

Bereits Ende des Jahres 2015 waren die Deutschen so stark verunsichert wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Trotz wirtschaftlicher Prosperität sahen laut einer Allensbach-Umfrage zum Jahreswechsel nur noch 41 Prozent dem kommenden Jahr mit Optimismus entgegen.¹ Dieser Pessimismus überrascht nicht. Denn seit Monaten dominieren unsere Nachrichten Berichte über die Flüchtlingskrise, die gewachsene Terrorgefahr in Europa, über das Wüten des sogenannten Islamischen Staates, über die Ukraine-Krise und nicht zuletzt über die Griechenland- bzw. die Euro-Krise. Die Lage ist unübersichtlicher, komplexer geworden – national wie international.

Die Parallelität der Ereignisse

Die Parallelität der Ereignisse macht die Bewältigung der gegenwärtigen Lage so herausfordernd. Standen in den letzten Jahren vor allem die Politik, ihre Repräsentanten und die politischen Parteien im Fokus der Kritik, greift die Glaubwürdigkeitskrise nun auf weitere Teile der Gesellschaft über. Wirtschaftsunternehmen, Medien, Kirchen und Sportverbände stehen zeitgleich in der Kritik. Sicherlich sind viele Probleme hausgemacht. Man denke nur an die Vorkommnisse beim ADAC, dem Deut-

¹ Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/allensbach-umfrage-zu-medienbeurichterstattung-in-fluechtlingskrise-13967959.html>, Stand: 10. 2. 2016.

schen Fußballbund oder bei Volkswagen, um drei Beispiele aus jüngerer Zeit zu benennen. Doch dass nun weitere Teile der Gesellschaft ebenso empfindlich Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern eingebüßt haben, ist eine neue schwierige Entwicklung.

Demokratiemüdigkeit ist ein schleichendes Gift

Seit Jahren beklagen wir nach jedem Urnengang den Rückgang der Wahlbeteiligung. So auch 2013: Wählten bei der Bundestagswahl immerhin noch sieben von zehn Deutschen, so machte nicht einmal die Hälfte bei der Europawahl von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Ähnlich negativ ist die Entwicklung bei den Landtags- und Kommunalwahlen. In Sachsen und Brandenburg lag bei den Landtagswahlen 2014 die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent. Bei den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 ist die Wahlbeteiligung dagegen deutlich angestiegen. Offenkundig hat die Flüchtlingskrise die Wähler zur Stimmabgabe getrieben. In diesem Kontext ist es der AFD gelungen, Stimmen aus dem Nichtwählerbereich zu mobilisieren.

Lange Zeit wurde die rückläufige Wahlbeteiligung mit einer allgemeinen Zufriedenheit mit dem politischen System begründet. Die Wahlbeteiligung lag durchaus im Schnitt unserer europäischen Nachbarn. Doch die Zeiten haben sich geändert. Die Politik- und Parteienverdrossenheit hat sich in den letzten Jahrzehnten weiter verfestigt. Deshalb sind Demokraten – über alle Parteigrenzen hinweg – gefordert, sich wieder stärker zu unserem politischen System, unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und für ihre Vorzüge zu werben – nicht nur in Zeiten der Flüchtlingskrise.

Neben den politisch Verantwortlichen stehen alle demokratischen Kräfte dieses Landes in der Pflicht. Deutschland hat sich seit 1949 – auch nach der Wiedervereinigung – zu einer wehrhaften Demokratie entwickelt. Es ist an uns allen, dass dies so bleibt. Der hohe Protestwähleranteil bei den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 darf nicht unterschätzt werden. Denn er kann sich längerfristig auf die politische Stabilität auswirken und zu einer Legitimationskrise staatlichen Handelns führen.

Auch die Vierte Gewalt muss um Glaubwürdigkeit kämpfen

Neben der Politik und den Parteien stehen inzwischen auch die Medien und ihre Berichterstattung in der Kritik. Etwa vier von zehn Deutschen bewerten Informationen der Medien als nicht glaubwürdig.² 39 Prozent meinen Anfang Dezember 2015 sogar, dass die von Pegida propagierten Vorwürfe der „Lügenpresse“ begründet seien.³ Das Misstrauen in den Journalismus ist groß. Wenn dann noch die Minister-

² Vgl. WDR-Umfrage <http://www1.wdr.de/themen/aktuell/umfrage-glaubwuerdigkeit-der-medien-100.html>, Stand: 10. 2. 2016.

³ Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/allensbach-umfrage-zu-medienberichterstattung-in-fluechtlingskrise-13967959.html>, Stand: 10. 2. 2016.

präsidenten von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz dem öffentlich-rechtlichen Südwestrundfunk diktieren wollen, wer an Fernsehdiskussionen vor der Landtagswahl teilnimmt und wer nicht, schüren diese nur weitere Vorurteile, die Politik gebe den Medien vor, was sie berichten sollen.

Doch die Medien ringen in diesen Monaten nicht nur um ihre Glaubwürdigkeit. Vor allem die Printmedien müssen seit Einführung des Internets um Auflage kämpfen, manche Tageszeitungen gar um ihre Existenz. Durch das Internet hat sich der Medienkonsum der Zeitungleser grundlegend verändert. Die Abonnementzahlen sind deutlich zurückgegangen, die Werbeeinnahmen empfindlich geschrumpft. Redaktionen mussten und müssen zusammengelegt werden.

Gleichwohl erwartet der Leser nach wie vor von seiner Tageszeitung gut recherchierte Berichte und meinungsbildende Kommentare. Dabei sollten Berichte und Kommentare klar unterscheidbar sein.

Meinungsfreiheit heißt nicht Rechtsfreiheit

So wie die mediale Kultur hat sich auch unsere politische Kultur geändert. In den letzten Jahren ist der Wunsch nach stärkerer direkter Beteiligung gewachsen. Das schlägt sich zwar nicht unbedingt in größerer Beteiligung bei Volksbefragungen nieder, aber durchaus positiv bei Initiativen vor Ort, bei denen es um konkrete Projekte und ein zeitlich befristetes Engagement geht.

Mancherorts ist aus Politikverdrossenheit aber auch politische Verachtung geworden. Eine nicht zu unterschätzende Zahl ist vom Mitbürger zum fanatischen Wutbürger mutiert. Dieser missbraucht teils anonym, teils mit seinem Namen die Online-Medien als Resonanzraum zur Verbreitung von Hass- und Hetztiraden. Auf diese Weise wird das Internet immer mehr zum Stammtisch des 21. Jahrhunderts, einem Platz für dumpfe Parolen und aggressive Attacken.

Auch bei Demonstrationen zeigt sich eine neue Dimension der Radikalität. Eine erschreckende Verrohung der politischen Kultur wird offenbar. Bei Kundgebungen der Alternative für Deutschland (AfD) oder bei Pegida schlägt sich diese zunehmende Enthemmung in der Sprache nieder. Aus einer Partei, die als wirtschaftsliberale Kraft gestartet war, ist ein rechtspopulistisches Sammelbecken geworden, in dem rassistische Töne des thüringischen AfD-Landesvorsitzenden Platz haben.

Ein für Bundeskanzlerin Merkel mitgeführter Galgen bleibt bei einer Pegida-Kundgebung ebenso unwidersprochen wie eine für Bundeswirtschaftsminister Gabriel zgedachte Guillotine bei einer Berliner Anti-TTIP-Kundgebung im Herbst 2015.

In solch schwierigen Zeiten erschallt der Ruf nach raschen Lösungen. Es sind gute Zeiten für Populismus, schwere Zeiten für differenzierte Antworten.

Diesem Verlust an Zivilität und politischer Kultur müssen Demokraten den öffentlichen Diskurs entgegensetzen, die inhaltliche Auseinandersetzung mit offenem Vi-